

Auf humanitäre Rolle beschränkt

Die Landesregierung unterbricht für Sondersitzung zum Thema Libanon ihre Sommerferien

Der Bundesrat setzt im Libanon-Krieg auf humanitäre Hilfe und spricht dafür zusätzliche 5 Millionen Franken. In der heiklen Frage der Anwendung des Neutralitätsrechts legt er sich nicht fest.

«Calmy-Rey rügt Israel», «Harte Worte aus Bern», «Keine stille Diplomatie», «Die Schweiz will einen sofortigen Waffenstillstand», titelten die Zeitungen nach dem ersten Auftritt von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zum Krieg in Libanon. Die Schlagzeilen des 21. Juli widerspiegelten den pointierten Auftritt der Schweizer Aussenministerin: Es gehe nicht an, dass Israel die Zivilbevölkerung eines ganzen Landes in Geiselhafte nehme, um sein Selbstverteidigungsrecht wahrzunehmen, sagte sie damals. Die Bombenangriffe Israels seien «unverhältnismässig» und verstiessen gegen das humanitäre Völkerrecht.

Neu in Inland & Ausland:

Um die Haltung des Gesamtbundesrates zur gegenwärtigen Krise in Nahost zu erörtern, unterbrach dieser gestern seine Sommerferien und traf sich zu einer gut vierstündigen Aussprache. Dem Treffen wurde hohe Bedeutung zugemessen, kommt eine solch ausserordentliche Sitzung der Landesregierung während der Sommerpause doch nur etwa alle fünf Jahre vor. Lediglich per Telefon teilnehmen konnte Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss. Er wird zurzeit im Inselspital behandelt (siehe Beitrag auf dieser Seite).

«Tief schockiert»

Micheline Calmy-Rey führte in Anschluss an das Treffen aus, der Bundesrat sei «tief schockiert über die kriegerische Auseinandersetzung und die humanitäre Tragödie». Er habe sich daher entschlossen, zusätzliche 5 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in der Region freizugeben, sagte Calmy-Rey. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) habe bereits zuvor 1,5 Millionen Franken für Soforthilfe erhalten. Laut Calmy-Rey hat der Bundesrat auch die Evakuierung der Schweizerinnen und Schweizer aus Libanon sehr positiv gewürdigt. Bislang seien 875 Staatsbürger evakuiert worden. Die Kosten für die Rückführung bezifferte Calmy-Rey auf 2,5 Millionen Franken.

Klare Antworten des Bundesrats auf die politisch umstrittenen Fragen zu Neutralitätspolitik und Neutralitätsrecht blieben gestern aus. Die Aussenministerin nahm dazu auch nur sehr zurückhaltend Stellung. Der Bundesrat habe nicht entschieden, ob die Schweiz den Konflikt als Krieg zwischen zwei Staaten bezeichnen soll. Dies wäre die Voraussetzung für die Anwendung des Neutralitätsrechts, welches die militärische Unterstützung der Konfliktparteien verbietet. Die Anwendung dieses Rechts hätte aber auch keine grossen Auswirkungen, sagte Calmy-Rey, da die Schweiz derzeit kein Kriegsmaterial in die Region exportiere (siehe nebenstehenden Kasten). Der Bundesrat verzichtete zudem darauf, die israelischen Angriffe in Libanon explizit als unverhältnismässig zu kritisieren. Auch die Forderung nach einem Waffenstillstand wurde nicht wiederholt. Der Bundesrat setzt vielmehr auf eine diplomatische Lösung im Rahmen der Uno.

Rüstungszusammenarbeit mit Israel

Seit der gestrigen Sondersitzung steht fest, dass der Bundesrat die Rüstungszusammenarbeit mit Israel derzeit nicht grundsätzlich in Frage stellt. Den Stopp der Zusammenarbeit forderten in den letzten Tagen insbesondere die Grünen. Ihre Position: Es sei «grotesk und zynisch», darüber zu beraten, ob Schweizer Soldaten im Nahen Osten «Feuerwehr simulieren» sollen, und gleichzeitig von den Rüstungsgeschäften zu profitieren.

Bescheidene Exporte

Im ersten Halbjahr 2006 bedienten Schweizer Kriegsmaterialexporthändler Kunden in 54 Ländern mit Gütern im Wert von knapp 180 Millionen Franken. Neben den grossen Kunden Dänemark (42 Mio), USA (29,6 Mio) und Deutschland (23,6 Mio) erscheint Israel mit Einkäufen von 81 000 Franken eher als kleiner Fisch im Umzug. Dies ist aber nur eine Seite der wirtschaftlichen Verflechtung. Umfangreicher sind die Rüstungskäufe der Schweiz in Israel. So wird im Oktober eine rund drei Millionen Franken teure Lieferung mit Schutzzelten für den Einsatz gegen atomare, biologische und chemische Waffen eintreffen. Bestellt ist zudem das Funkaufklärungs- und Sendesystem Ifass. Dessen Bestellwert liegt knapp unter 400 Millionen Franken. Laut den Berechnungen der Armasuisse kommen wegen des Ifass-Geschäfts auf die Schweizer Industrie direkt und indirekt Aufträge in der Höhe von rund 380 Millionen zu.

Lange Verbundenheit

Von Bedeutung ist die Debatte über Rüstungsgeschäfte mit Israel freilich nicht nur wegen der Volumina des gegenseitigen Handels, sondern auch aus historischen Gründen. Während des Kalten Kriegs suchte die Schweiz gezielt nach Partnern ausserhalb der militärischen Blöcke – und wurde dabei unter anderem in Israel fündig. Zudem war der Aspekt, dass Israel seine Waffen tatsächlich einsetzt, aus der Sicht des schweizerischen Militärs ein weiterer Grund für die Annäherung. Dies führte der oberste Rüstungskäufer der Schweizer Armee, Divisionär Jakob Baumann, unlängst in der jüdischen Zeitschrift «Tacheles» aus: «Für uns ist es einfacher, Geräte, die bereits kriegserprobt sind, aus einer Armee mit ähnlicher Struktur zu erwerben. Ein Land mit Kriegserfahrung ist gezwungen, diese Erfahrung in Bezug auf eigene Rüstungsgüter sehr rasch und innovativ umzusetzen und neue Systeme zu produzieren.» Langfristig ist deshalb die Perspektive: Laufend gleichen die beiden Länder an jährlich wiederkehrenden Treffen ihre Rüstungszusammenarbeit ab. (mul)

Der Bund, Marius Hasenböhler [27.07.06]